

Der Mahnruf

Rampfblatt der Werktätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Spree-Kunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 1

Graz, Jänner 1928

2. Jahrgang

Wie es im Grazer Asyl aussieht!

Ein Spiegelbild der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die bürgerlichen Zeitungen, angefangen vom Kreuzerfrosch, schicken zuweilen Berichterstatter ins Asyl, die sich beiseite nicht mit eigenen Augen von dem Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überzeugen, sondern einige „Daten“ vom Verwalter einholen, um dann gegen gutes Honorar einen Artikel zu schreiben, daß sowieso nur Leute, die auch anderswo gegen Bezahlung ein Quartier nehmen könnten, im Asyl wohnen. Damit dem Bürger jede Herzensregung erspart, sein Gewissen beruhigt und die Öffentlichkeit hinter das Licht geführt wird, erzählt der bürgerliche Tintenkuli noch etwas über ein Saufgelage und klagt diejenigen, welche „die Wohlthätigkeit“ des Asylaufenthaltes genießen, des schändlichsten Gebrauchs dieser Wohlthätigkeit an. Ein solch bestochenes Subjekt akademischen Couleurs ist der Doktor R. S., der durch seinen Artikel im Grazer Sudelblatt, der „Montagszeitung“ vom 27. Dezember, die Öffentlichkeit auf das gemeinste über die wahren Zustände im Asyl belog, was wir ihm allerdings nicht verdenken können, da er doch zur Verschleiern der Tatsachen sein Honorar empfing. Demgegenüber stellen zwei Genossen, die bei den Obdachl'n waren, im folgenden die nackten Tatsachen fest:

Das Asyl in der Rankengasse ist der Brennpunkt alles Elends, das sich hier auf einen kleinen Fleck konzentriert hat, um viele Proletarier, besonders die Familien, in der Ausfluchtlosigkeit auf eine Wohnung um den letzten Rest des Verstandes zu bringen. Die grauen Wände haben auch viele beherbergt, die im Straf- oder Irrenhaus landeten.

Einmal nur für Ledige bestimmt, haben sich unter der großen Wohnungsnot Familien mit ihren Kindern ins Asyl flüchten müssen. Hier sind sie untergebracht in Massenstätten, nach Geschlechtern getrennt. Nach den Regeln der schärfsten Kasernierung werden sie behandelt. Eine Familie, die das Unglück ins Asyl getrieben hat, kennt keinen Haustorschlüssel. Um 7 Uhr muß alles im Hause sein, sonst verliert man sein Bett. Die verheirateten Männer haben in dieser und in verschiedenen anderen Sälen, die das Leben im Asyl zur Folter machen, bei der Gemeinde um Abhilfe gebeten. Daraufhin wurden fünf Mann Polizei im Asyl postiert.

18 Familien

beherbergen die Massenfälle. 28 Kinder teilen das Los ihrer Eltern. Ein schmales Bett dient meist Mutter und Kind als Ruheplatz, der Vater schläft in einem eigenen Saal. Es kommt auch vor, daß Mütter mit zwei Kindern in einem Bett schlafen. Schlafen? Nein, liegen. Die Mutter liegt aber am Eisenrand der Betten, damit die Kinder Platz haben. Zwei kinderreichen Familien ist die Regel: 2 Personen in einem Bett, 5 Personen in zwei Betten, 7 Personen in drei Betten.

Sitzgelegenheiten gibt es keine und die Betten dürfen wenn der Verwalter sehr schlecht gelaunt ist, auch nicht zum Sitzen benützt werden. Gelocht wird, wenn Geld vorhanden ist, auf Spiritusbrenner oder Petroleumkochen, die auf langen Tischen mit je einem Gefäß, viel mehr braucht der Obdachlose nicht mehr, stehen. Da auf zwei Tischen aber 20 Personen beiläufig sitzen, ist der auf der Tischplatte zu benützende Raum beiläufig 40 cm im Quadrat pro Person. Und alle 20 hängen ihre letzten Wäschechen im gleichen Raume zum Trocknen auf. Wo so viel Elend und so viele Personen zusammengedrückt sind, ist die Reibung eine größere als beispielsweise in einer Bourgeoisiefamilie von vier Personen, der sechs, acht oder zehn Räume zur Verfügung stehen. Die Kinder der Obdachlosen leiden schwer darunter. Ihr Nervensystem wird in der frühesten Kindheit schon zerissen, ihr Körper zeigt Anzeichen des Verfalls und schwerer Krankheit.

„Malerisches Stilleben“

das der Berichterstatter des „Arbeiterwillen“ gefunden hat, war uns also nicht gegönnt zu sehen. Wir sahen nur Dvjer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

„Raum ist in der kleinsten Stätte für ein glücklich liebend Paar.“

Im Asyl ist keine Spur davon vorhanden. Wohl sind junge Ehepaare unter den Obdachlosen, doch die Liebe ist in der Not erstickt und Aufklammern darf sie nicht, da beide getrennt schlafen und derjenige, der über Nacht ausbleibt, sein Bett verliert, außer sie nimmt verlies mit einem kurzen Moment in einem verstreuten Winkel.

Verstohlen fragte eine junge Proletarierfrau am Gang, ob sie alles sagen dürfe, was sie hier beobachtet, und sie fragte uns, was moralischer ist: ein freier Abend irgendwo außer dem Asyl, oder fünf Minuten in einem Winkel. Nur zu erklärend ist die Anklage, da Ehepaare oftmals viele Monate im Asyl verbringen müssen.

Und der Waschraum!

Hier wird der traffe Beweis erbracht, daß trotz aller „Kulturerrungenschaften“ und Demokratie der Prolet und ganz besonders ein obdachloser kein vollwertiger Mensch ist. In diesem Waschraum müssen sich die täglich in einer Anzahl von 20—30 Mann von der Straße, von den Skallen und Schottergruben kommenden Obdachsuchenden ausziehen und waschen. Zum Abtrocknen sind für 20—30 nur zwei Leintücher vorhanden und die bleiben acht Tage in Gebrauch.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Mieter, Achtung!

Die Gemeinde Graz plant eine Erhöhung der Mieten durch Steuern!

Nieder mit dem Plan!

Wer von den Parteien dafür und wer dagegen ist, wird im „Mahnruf“ in den folgenden Nummern berichtet.

Rückblick und Ausblick.

Das vergangene Jahr ist vom Standpunkt der proletarischen Klassenkampfgeschichte ein bedeutender Abschnitt gewesen. 1918 hat nicht viel gefehlt und die Nacht wäre in die Hände der Arbeit: geglitten. Wer erinnert sich nicht mit Stolz und Kampfeslust an jene Tage, wo vor den Arbeitern eines Betriebes die Erde bebte, wo das Wort eines Betriebsrates schwerer wog, als ein Ministerwort. Die kleinbürgerliche Haltung der S. P., die erst heute von den Arbeitern verstanden wird, und da erst langsam, führte zur Erlarkung des Bürgerturns und im Jahre 1922 als der Genfervertrag unter dem Scheinprotest der S. P. angenommen wurde, legte die Bourgeoisie das Fundament zur Befestigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Herrschaft. Die Zeit bis zum 24. April 1927 war eine Kette ständigen Vordringens der Bourgeoisie. Heute kann wohl nur der bornierteste Arbeiter bestreiten, daß die Arbeiter nicht ganz gewaltig zurückgedrängt wurden. Am 24. April erschoffte sich die Bourgeoisie die Befestigung ihrer politischen Herrschaft. Unter dem Druck des Finanzkapitals gingen jedoch viele kleinbürgerliche Elemente in die Opposition und wählten am 24. April sozialdemokratisch. Schwer enttäuscht war Seipel mit Machtillustrationen erfüllt war das Proletariat. Eine Unstimmigkeit war vorhanden, der Geldsack hatte sich bereits zum unumschränkten Herrscher emporgearbeitet und die Arbeiter wollten angefaßt der eineinhalb Millionen Stimmen nicht daran glauben, weil ihnen von der S. P. Führung doch eingebengt worden war, daß der Stimmzettel alles ist. Seipel, der katholische Priester, kommandierte, um den Arbeiter zu beweisen, wer an der Macht ist, die Polizei unter die Karabiner und ließ solange in Wien schießen, bis 85 tote, 85 Proletarier mit zeretzten, von Dum-dum Geschossen zerfetzten Körpern, von der Alleinherrschaft des Geldsacks in der demokratischen Republik Zeugnis ablegten. Darauf wurden die Wiener Polizei-Schützen von eben denselben Deuten, die den Arbeitern keinen Groschen Lohnserhöhung geben wollen, mit Milliarden beschenkt, den über 60 Jahre alten Arbeitlosen wurde ein Drittel der Unterstützung gewährt, die Fülle wurden zur besseren Nahrung der Agrarbourgeoisie in die Höhe geschraubt und gegenüber dem Proletariat die Taschen noch fester zugeknöpft. Kein Geld für die Arbeitslosen, für die Jmvaliden, keines für die Kleinrentner.

...die Obren gegenüber den Metallarbeitern, glatte Ablehnung und Prosofation der Industrieangestellten. Kurz und gut die Position der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie den Angriffen des Kapitalismus in der schärfsten Form ausgesetzt gewesen.

Die Bourgeoisie, der Kapitalismus ist dem Tode geweiht, geschichtlich sind seine Tage gezählt, er wäre sogar schon ein sinkender Kadaver, wenn das Proletariat nicht aus seinem Leibe sich das Fleisch herausreißen ließe. Das die Lebensdauer des Kapitalismus verlängert. Der Sinn der jüngsten Vergangenheit war, entweder Sanierung auf Kosten des Proletariats oder Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Dieses Problem ist aber auch das Kernproblem für die Zukunft. Gelingt es der Bourgeoisie weiter die Lebenslage des Proletariats zu verschlechtern dann kann sie fortvegetieren. Deshalb die fortwährenden Angriffe auf die Errungenschaften des Proletariats, deshalb der Angriff auf den Mieterschutz, der im neuen Jahr im Vordergrund der Kampffront stehen wird. Jede Position, die gut verteidigt wird, bringt deshalb den Kapitalismus näher seinem Grab.

Unter der sozialdemokratischen Partei wird jedoch der endgültige Kampf und Sieg nicht ausgerufen. Die sozialdemokratische Parteiführung ist ein Sammeltier von Kleinbürgern, wir geben sogar zu von radikalen Kleinbürgern, sie ist ober nicht die Parteiführung des Proletariats. Daher kommt es auch, daß das Proletariat heute in Österreich überhaupt keine selbständige Klassenpolitik macht, sondern im Interesse der Kleinbürger mißbraucht wird.

Die Klassenbewußten, die besten Elemente müssen deshalb der Tatsache ruhig ins Auge blicken, daß eine proletarische Klassenkampfpartei in schweren Mähen wieder aufgebaut werden muß. Deshalb richten wir auch heute an alle Arbeiter, welche die kleinbürgerliche Politik der S. P. durchschauen, den Appell, sich unseren Reihen anzuschließen.

Kampfbare proletarische Elemente, Genossen, Arbeiter, die einst in der sozialdemokratischen Partei mit der roten Fahne in der Hand an der Seite marschierten, haben ihre Reihen verlassen. Töglisch kommen uns solche Berichte zu. Wir fragen diese Vorkämpfer, ob sie auch die rote Fahne in Stich lassen wollen, wenn nicht, dann müssen sie mit uns marschieren.

Je schneller und je enger sich alles was links in der Arbeiterschaft ist, organisatorisch zusammenschließt, desto früher wird der Offensive des Kapitals ein wirksames Hindernis entgegengesetzt, das im Kampfe sich stählen wird, so daß auch über Österreich noch einmal die Sowjetfahnen flattern.

Verbreitet den „Mahruf“!

Roter Frontkämpferbund Österreichs.

Auskünfte, Zuschriften und Mitgliederaufnahme jeden Tag von 5 bis 7 Uhr abends bei Genossen Wagner, Graz, Elisabethengasse 20.

In Voitsberg bei Gen. Kohrn, Burggasse Nr. 4, jeden Abend und jeden Montag, Donnerstag und Samstag von 9 bis 12 Uhr im Gasthaus Reichel.

Aus der Internationale.

Die **Urbahnd-Maslow-Gruppe**, die bekanntlich aus der deutschen Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, entfaltet eine überaus rege Aufklärungsstätigkeit über die internationale und die deutsche Politik des Stalinismus. Die Versuche der Zentrale, mit Hilfe von Sprengkolonnen des Roten Frontkämpferbundes diese Versammlungen zu sprengen, scheiterten fast durchwegs am Widerstand der zahlreichen Versammlungsbefucher.

(Fortsetzung von S. 1. Seite)

Wer mit Käufen kommt, wird überhaupt nicht aufgenommen. Solche Fälle sind aber sehr häufig, denn die Verbergen in der Prosofation sowie die „Kupfermädchen“ — das sind die Heuschrecken um Graz, in denen Obdachlose hausen — sind ganz verlaufen. Wenn einer aus diesem Grunde ausgeschlossen wird, wandert er wieder hinaus in eine Kupfermythe. Die Zahl dieser in den Heuschrecken und Schottergruben in der Umgebung von Graz Schlafenden wird vom Verwalter des Asyls auf 200 geschätzt.

Der Belag.

Gegenwärtig schlafen im Asyl 18 Familien mit 30 Kinder in Massenlöfen, 19 Familien mit 32 Kinder in Wohnlöfen, 60 alleinstehende Männer in Massenlöfen, 10 davon aus Platzmangel auf Tischen und Boden und 20 alleinstehende Frauen, davon 12 ohne Betten auf bloßen Matratzen am Steinboden.

Eine unsoziale Verfügung.

Am 30. September 1926 hat der Gemeinderat einen Beschluß gefaßt, nachdem nur Familien, deren Ernährer arbeitslos ist, im Asyl verbleiben dürfen. Die obdachlosen Asylbewohner befinden sich demnach in der höchst verzweifeltsten Lage bei einer Arbeitszuweisung durch das Arbeitslosennamt aus dem Asyl geworfen zu werden. Durch diesen Beschluß kam der Obdachlose Böghofer auf ein Monat ins Arrest, weil er mit seiner Familie aus dem Asyl auf die Straße geworfen werden sollte, und in der Verzweiflung an den Bürgermeister einen Brief sandte, der Drohungen enthielt. Die Lage der Asylbewohner wäre erträglicher, wenn sie Aussicht hätten in absehbarer Zeit Wohnungen zu bekommen. Dieser Ausblick ist nicht vorhanden. Wohl wird wieder ein Asyl, eine Glendstätte, gebaut, die ersetzten Wohnungen bleiben aus. Die geringe Zahl der Neubauten wird im Protektionswege vergeben. Die Asylbewohner gehen leer aus. Ja, die Gemeinde sagt ihnen dies offen ins Gesicht: Armer sind die, die draußen schlafen.

Die Bürgerlichen behaupten der Marxismus zerstöre die Familie. Im Asyl haben wir gesehen, wer sie zerstört hat. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Trotz Glend und Zermürbung haben wir in vielen Asylbewohner Klassenbewußte Proletarier gefunden. Manche gehen durch den Alkohol wohl abwärts, das sind aber sehr wenige. Auch diese müssen verstanden werden. Sie suchten Vergessen, sie sind trotzdem Brüder unserer Klasse. Nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung bringt sie an den Rand des Abgrundes.

Die Kinder eingewallert, verpeht und hungrig großen „Freundschaft“ den Gruß der Kinderfreunde. Im Kinderfreundeheim blickt **Ganz** in ihr dunkles Leben.

Die Gemeinde, die Bürgerlichen oft allem, laden ein ungeheures **Verbrechen** auf sich, da die Wohnbautätigkeit nicht aus Gemeindemitteln forciert wird. Das Land pumpt die Gebäudesteuer aus der Bevölkerung und baut nichts. Die Sozialdemokraten sind viel zu faul in der Interessenvertretung des Proletariats. Viele begriffen deshalb in den Genossen der Kommunistischen Partei (Position) die sie besuchten, ihre Freunde. Keine Distanz, kein Abstand war. Freiheit klang zum Gruß in allen Zimmern. „Freiheit“ war der letzte Gruß zum Abschied und wir hatten das Gefühl in uns, daß unter den Asylbewohnern tüchtige Soldaten der kommenden Revolution zum endgültigen Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen.

Geipels Weihnachtsgewichte an die Kapitalisten.

Unter dem Titel „Fusionsgesetze“ hat die Geipelregierung den Banken und Aktiengesellschaften, die sich fusionieren (zu einem Unternehmen verschmelzen) die schuldigen Steuern nachgesehen.

Bei jeder Fusion fliegen Arbeiter und Angestellte aufs Pflaster, die Kapitalisten ersparen an Löhnen und haben auch sonst große Vorteile, die sich in Mieseprofiten ausdrücken. Jetzt bekommen sie dazu einen Steuernachlaß von Milliarden auf Kosten der Arbeiter.

Das „Investitionsbegünstigungsgesetz“ gewährt allen Kapitalisten, die einen Teil ihres Einkommens zu Neuinvestitionen verwenden, sehr große Steuerbegünstigungen. In dieses Gesetz wurde das sogenannte „Bauaufwandgesetz“ einbezogen: alle Willen- und Luxusbauten der Kapitalisten gelten als „Neuinvestition“, d. h. sie sind beinahe steuerfrei.

Dazu kommt die Immobilienabgührennovelle: die Gebühren, die von jeder Übertragung (Kauf, Tausch, Erbgang) von unbeweglichem Gut (Häuser, Grundstücke) zu leisten sind, werden den Kapitalisten bedeutend ermäßigt.

Für die Arbeitslosen — nichts. Für die arbeitslosen Land- und Forstarbeiter — gar nichts. Für die arbeitslosen Hausgehilfen den Spott von 20 S „Rente“ pro Monat. Für die Bundesangestellten einen Pappentitel, garniert mit Frozeleien. Für die Betriebsarbeiter — „nationalisierte“ Löhne.

Für die Kapitalisten Milliardengewichte. So verteilt der Bürgerblod die Weihnachtsgewichte.

Die Regierung plant im Jänner einen neuerlichen Anschlag auf den Mieterschutz!

Wie der Präsident des Zentralverbandes der Hausbesitzer, Moißl, auf einer Konferenz am 10. Dezember mitteilte, wird die Regierung im Jänner 1928

eine Vorlage im Parlament einbringen, die den **stapenweisen Abbau des Mieterschutzes** vorseht. Zunächst soll der dreitausendfache **Friedenszins** eingeführt und die **Rückzahlungsbefchränkung bei Eigenbedarf der Hausbesitzer** aufgehoben werde.

Die Regierung ist entschlossen, zu einem Generalanstorm gegen den Mieterschutz vorzugehen. Ihr Plan ist, in vier Clappen den Mieterschutz bis 1930 vollständig abzubauen und ab 1. Jänner 1931 den Zustand von 1914 wiederherzustellen.

Was das für die Arbeiter und Angestellten bedeutet, ist kaum vorstellbar. Es genügt, daran zu erinnern, daß im Frieden ungefähr 20 bis 25 Proz.

der Löhne auf Miete ausgingen. Aufhebung des Mieterschutzes bei Löhnen, die 50 Proz. unter dem Existenzminimum stehen, bei einer Arbeitslosenarmerie von 200.000, das bedeutet das Herabsinken des Lebensniveaus der Arbeiterschaft auf das Glendniveau zur Zeit des Frühkapitalismus vor 70 Jahren.

Das Ungeheuerliche dieses Attentats verleitet viele Arbeiter, es für unmöglich zu halten. Das ist der größte Irrtum. Die Profitgier des Kapitals kennt keine Grenzen. In der Frage des Mieterschutzes kann die österreichische Bourgeoisie auf die volle und bereitwilligste Unterstützung der ausländischen Kapitalisten rechnen, denen mehr als ein Drittel der Wiener Häuser gehören.

Dieser gefährliche Anschlag auf die Arbeiterklasse kann nicht mit **parlamentarischen Mitteln** abgewehrt werden. Die Arbeiterschaft muß **gerüstet** sein, mit allen **Kampfmitteln** diesen Anschlag abzuwehren.

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie. Offenes Mißtrauen der Sozialisten des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensmännern.

Die Verhandlungen über den neuen Tarif sind auch am 29. Dezember noch zu keinem Endresultat gekommen. Die nächste Lohnverhandlung ist für den 3. Jänner 1928 angesetzt. Man sieht unsere Gewerkschaftsbürokraten kommen dem Bestreben der Metallindustriellen die Frage der Entscheidung möglichst lange hinauszuschleppen bereitwillig nach. Dabei muß man das Unglücklicherweise feststellen, daß die Reformisten Ring, Stanel und Genossen nicht einmal den Betriebsräten, die bei der Verhandlungen anwesend sind, die schriftlichen Unterlagen des neuen Tarifs und die Gegenforderungen der Unternehmer ausliefern. Das ist ein offenes Mißtrauensvotum gegenüber den Betriebsräten, den wirklichen Vertretern der Arbeiterschaft oder eine verdächtige Kulissenchieberei. Die Betriebsräte und Vertrauensmänner müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß die Karten offen aufgedeckt werden. Ebenso muß die Berichterstattung mit Nachdruck von der gesamten organisierten Metallarbeiterschaft gefordert und die Verschleppungstatistik beseitigt werden. Noch einige Monate Verhandlungspackerei am grünen Tisch, machen die derzeitigen Forderungen durch die weitere andauernde Teuerung illusorisch. Deshalb muß sofortige Berichterstattung gefordert und das weitere Entscheidungsrecht den Metallarbeitern stattgegeben werden. Nicht Ring, Stanel und Genossen sind die Gewerkschaft, sondern die breite Mitgliedschaft.

Neue Gemeindesteuern.

Wer zahlt? — Die Arbeiter!

Die Gemeinde Graz weist ein Defizit von 25 Milliarden auf. Deshalb, schreibt der „Arbeiterwille“, müssen die Realsteuern von 300 auf 400 Proz. gesteigert werden. Das heißt, die Gebäudesteuer wird erhöht. An jedem Monatsersten sollen die Arbeiter mehr zahlen, damit das Defizit verschwindet. Bis jetzt waren folgende Steuerföhe, die an das Land und an die Gemeinde abgerechnet wurden, beim Zins mitinbegriffen:

K	S	S	S
5	—,80	—,20	1.—
10	1,60	—,40	2.—
20	3,20	—,80	4.—
25	4.—	1.—	5.—
30	6.—	1,50	7,50
35	7.—	1,75	8,75
40	8.—	2.—	10.—
45	9.—	2,25	11,25
50	10.—	2,50	12,50
55	11.—	2,75	13,75
60	12.—	3.—	15.—
65	13.—	3,25	16,25
70	14.—	3,50	17,50
75	15.—	3,75	18,75
80	16.—	4.—	20.—
85	17.—	4,25	21,25
90	18.—	4,50	22,50
95	19.—	4,75	23,75
100	20.—	5.—	25.—

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Gebäudesteuer und die Erhöhung gestaffelt ist. Wer mehr hat, zahlt mehr; wer weniger hat, zahlt weniger. Also gar kein Grund zur Kritik. Doch, doch! Eine Arbeiterfamilie, die im Frieden für ihre Wohnung 25 K Zins entrichtete und heute 5 S monatlich an Gebäudesteuer zu zahlen hat, spürt den Abgang von 7 Laib Brot, die ihren Kindern durch die Erhöhung der Gebäudesteuer entzogen

Wohlstand und in der Praxis

zur Kommunistischen Partei (Opposition) und in der Praxis

würden, empfindlicher als der reiche Bürger, der für seine Wohnung, die ihm im Frieden 100 K kostete, heute 25 S an Gebäudesteuer zu entrichten hat. Eine 100 K-Friedensjahnswohnung zählt mindestens 10 Zimmer und derjenige, der sich heute eine Wohnung mit 10 Zimmern leisten kann, hat sicherlich ein Einkommen von mindestens 30 Mill. Wer spürt die Gebäudesteuer also mehr, die Proletarierfamilie oder der reiche Bürger? Entschieden die Proletarierfamilie.

Wissen das die sozialdem. Führer? Ja ebenso als wir. Warum sind selbst sie für eine Mehrbesteuerung der Arbeiter? Aus eigenem Antrieb? Nein. Hinter den Sozialdemokraten stehen die Bürgerlichen, die Christlichsozialen, die Großdeutschen, die Landbündler. Diese Parteien vertreten den Selbstja und der Selbstja, das Bürgertum will möglichst wenig Steuer zahlen. Durch die Bundes- und Landesregierung, die über die Gemeinden zu kommandieren haben, zwingen die Bürgerlichen die Sozialdemokraten, das Proletariat in den Gemeinden zur Steuerleistung aufs äußerste, auch bis an die Grenze des Verhungerns auszupumpen, und die Sozialdemokraten geben dem Druck der Bürgerlichen nach. Nichts anderes als ein Nachgeben der Sozialdemokraten gegenüber dem Bürgertum bedeuten die Umlagererhöhungen, die in den verschiedensten proletarischen Gemeinden jetzt vor sich gehen.

Anstatt bei der Budgetberatung für das Jahr 1928 die Gelegenheit wahrzunehmen und gegenüber den Bürgerlichen den Kampf für die Freiheit der Gemeinden in finanzieller Hinsicht aufzunehmen, können die Bürgerlichen berichten, daß das Budget im friedlichsten Anhang mit der Opposition zustandekommen ist.

Anstatt in der Gemeinde für eine Entlastung des Proletariats einzutreten, was allerdings den schärfsten Kampf gegen das Bürgertum zur Folge haben würde, wird immer mehr Wert auf ein „friedliches“ Zusammenarbeiten gelegt, wobei die Proletarier die Rechnung zu bezahlen haben.

Die geplante Erhöhung der Gebäudesteuer beweist, daß die Proletarier in der Sozialdemokratie immer mehr und mehr den Anwalt gegenüber dem Bürgertum verlieren. Allen Weibern gleich ducken sie sich angesichts der Canaille Bourgeoisie. Wo die Arbeiter den Weg ins linke Lager schon gefunden haben, werden diese deshalb bei den nächsten Gemeinderatswahlen ihre Stimmen der kommunistischen Partei (Opposition) geben und der Kampf gegen das Bürgertum wird auch in den Gemeindestuben bis aufs Messer wieder aufgenommen werden.

Aus dem Arbeiterleben

Hundefutter als Weihnachtshilfe.

Die Gemeindeverwaltung der Stadt Voitsberg unter Führung des Herrn Regierungskommissärs Deutscher (sozialdem. Spitzenkandidat) ließ die hiesigen Stadtarmen, welche bis jetzt von der Gemeinde 10 Groschen täglich, ein Vierteltlo Fleisch und ein Brot wöchentlich nebst Unterkunst erhielten, mit einer Weihnachtshilfe betreiben. Sie bekamen statt dem alterbeingelegenen Vierteltlo Fleisch ein halbes Kilo — Hundefutter! Für die Stadtarmen war die „liebenswürdige“ Gabe eine bittere Enttäuschung geworden. Fleisch haben sie sich erhofft und ein unverbäulicher Hundsfraßfleischklumpen wurde verabreicht. Den Armen übergaben dieses Hundefutter den Funktionären der K. P. (Opposition) zur Beschäftigung, wo dasselbe für jedermann frei zugänglich zur Überprüfung vorlag. Dieses sogenannte

Fleisch waltet jeder Beschreibung. Die meisten der damit betrauten Herren getrauten sich diese „Weihnachtsgabe“ nicht einmal Hundem zu verabreichen, in der Sorge, es könnte ihr Erdendasein nach dem Fraß dieses „Fleisches“ ein jähes Ende nehmen.

Der Herr Kommissär Deutscher konnte sich von der hundsmäßigen Qualität des „Fleisches“ selbst überzeugen und sein Gelgefäß in Anbetracht des potentiellischen Aussehens kaum verbergen. Und seine Antwort? „Warum sind diejenigen, die ein solches Fleisch bekommen haben, nicht sofort zu mir gekommen?“ Er hätte für eine bessere Fleischausgabe sofort Sorge getragen. Die Stadtarmen mögen zu ihm kommen. Warum? Bekommen sie etwas besseres? Oder interessiert sich Herr Deutscher nur, wer noch so glücklich ist, auf ein Hundefutter verzichten zu können? Oder möchte er gerne wissen, wer von den Armen noch die Courage hat, die Lumperei der Hundsfutterausgabe den Kommunisten anzuzeigen? Die werden jedoch dem Deutscher die Arbeit nicht erleichtern, sondern sie merken sich den Vorfall für die im Frühjahr stattfindenden Gemeinderatswahlen.

Voitsberger Arbeiter-Korrespondent.

Marie Industrielle Bezirkskommission Graz.

Einer Mutter von sechs Kindern, deren Mann an den Kriegsfolgen gestorben ist, hat die Industrielle Bezirkskommission Graz die Unterstützung auf 12 Wochen „stufenweise“ eingestellt. Welches Verbrechen war die Ursache? Vier Kinder wurden wegen schwerer Erkrankung der Mutter in Anstalten untergebracht, wofür die Invaliden-Entschädigungskommission die Bezahlung der Kosten übernommen hat. Während dieser Zeit, erklärt die Grazer Industrielle Bezirkskommission, hatte die Mutter keinen Anspruch auf den Kinderzuschuß in der Höhe von 20 g täglich, wengleich die Mutter auch sonst für Bekleidung usw. der Kinder Ausgaben hatte. Sie beging also einen „Mißbrauch“ und wird dafür mit 12 Wochen Unterstützungsentzug bestraft. Sie soll verhungern oder sich aufhängen. Welcher Arbeitervertreter war wohl bei dieser Beschlussfassung über den Fall G.-Nr. 54.047 dabei? In der nächsten Arbeitslosenversammlung werden wir noch weitere Details über diesen schändlichen Beschluß bringen und resillose Aufklärung von der Gewerkschaft fordern, wieso Arbeitervertreter nicht imstande sind, solche Entscheidungen zu verhindern.

Gewürtschaft.

Die Finanz-Landesdirektion läßt die Arbeitslosen in der Kälte stehen.

Wer Dienstag den 27. Dezember früh zwischen 8 und 9 Uhr zur Arbeitslosen-Auszahlungsstelle bei der Finanz kam, konnte Zeuge einer unerhörten Sauerwirtschaft sein. Die Arbeitslosen standen in einer auffallend großen Zahl auf der Straße aufgestellt. Torreingang und Refektorium waren ebenfalls bis auf den letzten Winkel überfüllt. Eine derartige Stauung war überhaupt noch nie zu verzeichnen. Als wir der Ursache nachgingen, mußten wir feststellen, daß um 8 Uhr 45 Min. die Kassierkassette noch geschlossen waren. Auf Informationen erhielten wir von Beamten die Aufklärung, daß die Kassiere erkrankt seien. Und da hat die Finanz-Landesdirektion keinen Ersatz stellen können? Das ist sicherlich nicht der Fall, aber für die akademisch gebildeten, neunmal weisen Herren der Finanz-Landesdirektion ist die Stellung eines Ersatzes ein ebenso schweres Problem, als der Wurf von neun Jungen für eine tragende Raze. Damit die Arbeitslosen unter der trüben Gehirntätigkeit der Akademiker und diversen Posträte nicht öfter in der Kälte warten müssen, soll die Arbeiterkammer die Bürokraten schädel etwas schmerzen, damit die vertrocknete Hirnmasse dieser Herren wieder etwas aufgefrischt und der klaglosen Abwicklung bei der Arbeitslosen-Auszahlungsstelle das nötige Augenmerk zugewendet wird.

Wer ist der Unfähige?

Mittwoch den 24. Dezember, halb 12 Uhr vor-mittags. In den Räumen des Grazer Arbeitslosen-amtes sehen Arbeitslose schon seit 8 Uhr früh im massen Korridor, um dem Arzt zur Begutachtung vorgeführt zu werden. Erbitterung kocht in ihnen. Überall, wo Arbeiter mit Häfen getreten werden, steht auch ein Wachmann, damit derjenige gleich in den Arrest wandert, der sich nicht treten läßt. An diesem Tage hatte glücklicherweise ein einsichtsvoller Beamter, der das Verhändnis aufbringt, daß man nach dreieinhalbständigem Warten kein Rosenmädchen macht. Dienst. Steht statt diesem Beamten aber ein ungeschliffener Sauschädel, dem noch der österrische „Kuhbrot“ auf dem Absatz klebt, am Posten, gibt's einen Krampall und einige Arbeitslose werden ver-haftet. Wer aber wäre schuld daran? Der Arbeits-lose, der seiner Erregung Lust macht? O nein! Schuld daran ist einzig und allein der verantwort-liche Beamte des Arbeitslosenamtes, der die Arbeits-lose entweder als Objekte betrachtet, die jede Nieder-tracht ertragen müssen, oder der unfähig ist, die Begutachtung so zu organisieren, daß das mehr-stündige Warten aufhört. Sollte ein Arzt, was höchstwahrscheinlich der Fall ist, so wenig sein, dann soll ein zweiter zur Verfügung gestellt werden oder die Begutachtung wird auf mehrere Tage aus-gelehnt. Im übrigen beweist die Einrichtung der ärzt-lichen Begutachtungsstellen, die den Arbeitslosen vor der Arbeitsvermittlung auf seinen Gesundheitszustand untersuchen müssen, ob überhaupt zur Arbeit noch tauglich — die Tatsache, daß die Arbeitslosen bei dieser niedrigen Unterfrühung verhungern, so daß nicht mehr jeder arbeitsfähig ist und viele Arbeits-lose an Unterernährung langsam zugrundegehen.

Ereignisse der Woche

Weihnachtsdamenstreik.

Von den Julinbakterierten wurde kein einziger begnadigt, wohl aber Sandor Weiss, der Expresster.

Eine Milliarde für Pferdebesitzer. Einige Pferdebesitzer und Ausländer haben für einen Kenn-preis den Betrag von einer Milliarde zur Verfügung gestellt. Verschwendung und Luxus bei der Bour-geoisie. Hunger bei den Arbeitern, das ist die Ge-fellschaftsordnung, die in Brand gesteckt werden muß.

Entlassungen beim Bahnbau Feldbach. Mit 20. Dezember 1927 wurden wieder 300 Ar-beiter entlassen. Mitte Jänner werden die Arbeiten ganz eingestellt.

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Nestanhan.
Fortsetzung.

Nein! Das durfte ich nicht. Wenn ich jetzt ver-schwinde und unter solchen verdächtigen Umständen verschwinde, werden die Weißen gleich Unrat wittern. Der Schlaf der beiden im Nebenabteil, das Ver-schwinden des Begleiters . . . Man wird Schlüsse ziehen. Der Kerl ist gekommen, einen Schlafstrunk einzugeben, er hatte es nötig, wahrscheinlich, um in der Zeit, wo die ihn hindernden Personen schlafen, irgend etwas zu tun und dann aus Furcht vor der Verantwortung spurlos zu verschwinden.

Man wird den Salon sorgfältig durchsuchen, die Dokumente sichten und wahrscheinlich den Verlust de-einen Blättchens bemerken. Der Verdacht kann sich auf den roten Stab richten und man wird dann den Verräter sofort benachrichtigen, den Verräter, der die „roten“ Berichte schickt.

Die Folge wäre — der Verräter würde unge-strait und unbedeckt seine Spuren verwischen.

Nein, noch darf ich nicht fort von hier.

Erfolg im gemeinsamen Kampfe gegen unsere Unterdrücker in Stadt und Land wünscht zum neuen Jahre allen Lesern, Freunden und Mitarbeitern

Die Redaktion des „Mahnrufes“.

Die Arbeitslosen-Demonstrationen in Jerusalem verziehen die dortigen Gemeindefunktionäre in solche Angst, daß sie das Gemeindehaus mit einem Drahtverhau umstellen ließen.

11827 Meter hoch kam mit einem Tropfen ein italienischer Flieger.

Hungersturm wird aus einem großen Teil Chinas gemeldet. Dürre und Peststrecken sind die Ursachen. Vier Millionen hungern.

Durch einen Schiffszusammenstoß sind im Roten Meer (Seestraße nach Konstantinopel) 70 Personen ertrunken.

Selbstmordversuch. Der Handelsangestellte H. F. wollte sich am Schloßberg aus Notlage er-hängen und wurde bewußtlos von einem Sicherheits-beamten noch gerettet. Die Notlage verschweigt das „Volksblatt“.

37 Tage von den Faschisten gefangen gehalten wurde der aus Weiz gebürtige Monteur Zeich-meister, der bei Montage gearbeitet, an der italie-nischen Grenze grundlos verhaftet wurde.

Gegen den Massenmord in Kanton an den Arbeitern fanden in Rußland Protestversammlungen statt.

Arbeitslose! Wichtig für Hauptmieter!

Bei der Auszahlungsstelle im Finanzgebäude wird ab 31. Dezember der Mietzinsbeitrag bei einem gesonderten Schalter, der die Nummer 4 trägt, aus-bezahlt. Damit der Mietzins ausbezahlt wird, muß jeder Hauptmieter seinen weißen Meldegezetel vor-weisen und eine Bestätigung, die im Auszahlungsr-aum aufliegt, ausfüllen.

Eine Kleinigkeit und doch bedeutsam!

Überall werden in Graz bei Vereisung die Wege und Straßen mit Sand bestreut, bis hinauf am Schloßberg. Die Pfeisengasse aber bleibt unbestreut. Warum? Weil dort nur Arbeitslose verkehren.

Ich habe zu bleiben. Vorläufig bis morgen oder noch einen Tag. Wenn der erste Wutausbruch über mich ergangen ist, melde ich mich krank und gehe ins Hospital . . .

Dort aber . . .
Nun, dort setze ich dann meine Nachforschungen fort . . .

XIV

In den Krallen der Weißen.

Ich legte mich auf die Polsterbank, ich döste vor mich hin. Die Übermüdung forderte ihr; Recht, ich schlief ein. Jemandwo wird geklopft. Es klopfte stärker und stärker. An der äußeren Türe wird mit Häuflein getrommelt. Endlich erwache ich und öffne die Türe.

Eine betrunkene Gesellschaft von Offizieren tor-kelt in den Waggon.

„Schweinekerl, bist wohl besoffen wie ein Stier, was? Man klopft sich die Häute seit einer Stunde wund . . . Hast du keine Ohren an deinem Hells-kopf? Hundesohn!“

Die ganze widerliche Meute übergoß mich mit der Hlut nicht wiederzugebender Schimpfworte. Halb noch im Schlaf konnte ich nicht gleich begreifen, was

Bildungsturse.

Nächster Bildungsturs:

In **Andritz**: Samstag, den 7. Jänner, halb 8 Uhr abends,
in **Oschna**: Montag, den 9. Jänner, halb 8 Uhr abends, bei Genosse Baumfischer, Schöpfingerstr. 214,
in **Graz**: Samstag, den 7. Jänner, halb 8 Uhr abends, Elisabethnergasse 20.

Voltsberg

Sonntag, den 8. Jänner 1928,
9 Uhr vorm., **Gasthaus Reichel**

Mitglieder-Versammlung

Vollständig erscheinen!

Kirchen-Austrittserklärungen

Sind in der Verwaltung des „Mahnruf“, Elisabethner-gasse 20, zu haben. Auch Zuladungen in die Provinz.

Wichtig für die Abonnenten von Graz und Umgebung!

Von den Kassieren des „Mahnrufes“ stets Legiti-mation verlangen. Für jeden bezahlten Abonnement- und Preßfondbetrag eine gestempelte Bestätigung ver-langen. Preßfondspenden werden zur Kontrolle im „Mahnruf“ veröffentlicht. Um den Kassieren unnötige Kaufereien zu ersparen, ersuchen wir den Betrag für das Monatsabonnement bereitzustellen. Die Kassierung erfolgt monatlich. Der Monatsbeitrag beträgt 48 g.
Die Verwaltung.

Arbeitslose! Abonniert den „Mahnruf“!

Zustellung per Post jeden Montag. Monatliche Einlieferung. Gebt die Bestellungen, Name und Adresse auf einem Zettel vermerkt, bei den Genossen bei der Anzahlsstelle ab.

Proletarischer Versammlungsschutz.

Arbeiter, die bereit sind, in öffentlichen Ver-sammlungen Schutz- und Ordnungsdienste zu leisten, mögen sich Elisabethnergasse 20 melden.

Druckfehlerberichtigung.

Im Artikel „Gemeindefeuer-Erhöhung“, „Mahnruf“ Nr. 41 sind einige falsche Angaben unterlaufen. So der Satz: „Das bedeutet für den Besitzer einer 21-Kronen-Friedenswohnung“. Richtig lautet er: „Das bedeutet für den Mieter einer 10-K-Friedenswohnung“; und weiter: „Auf die Ausführungen des Genossen Kaiser meldete sich der Sekretär der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Steiner zum Wort, der wohl in einigen Punkten dem Genossen Steiner recht geben mußte. In 6 Fällen soll es heißen: „der wohl in einigen Punkten dem **wissen** Kaiser recht geben mußte.“

ste von mir wollen und stammelte irgend etwas als Antwort.

„Was? Widersprechen willst du auch noch? Drediges Vieh!“ und ein wuchtiger Faustschlag trifft mich mitten ins Gesicht.

Ohne an die Folgen zu denken, hole ich mit dem schweren Waggonsschüssel mächtig aus und treffe einen der in der Türe drängenden Weißgardisten mit solcher Kraft, daß er vom Trittbrett heruntertorzelt und liegen bleibt.

Drei der neben mir Stehenden ergreifen mich und beginnen auf mich loszuschlagen.

„Halt, halt! Laßt ihn los. Ich werde ihn gleich erschießen, wie einen Hund!“ rief der am Kopfe blutende Offizier, der sich aufraffte und mühsam wieder in den Waggon kletterte.

„Nein! Tun Sie das nicht!“ rief einer der anderen, wie es sich herausstellte, der Adjutant. „Wartet mit dem Erschießen. Dazu haben wir ja noch morgen Zeit. Jetzt gleich wäre es unbedingt falsch. Erstens, wäre das eine Schießerei hier im Waggon des Stabskommandierenden. Gleich nebenan ist doch sein Salon, versteht Ihr?“

Fortsetzung folgt.